

Eckhard Uhlenberg, MdL

Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

**Umwelt- und Naturschutz unter neuen Vorzeichen –
eine Chance für die Forst- und Holzwirtschaft
in Nordrhein-Westfalen**

Rede

anlässlich der
Delegiertenkonferenz der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V.
am Samstag, 24.09.2005, 11 bis 12:30 Uhr,
im Haus Ripshorst in Oberhausen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Einladung zur Delegiertenkonferenz der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V. bin ich gerne gefolgt. Mit der Schutzgemeinschaft verbindet mich persönlich eine langjährige Mitgliedschaft im Kreisverband Soest. Bei der Sitzung des Landesvorstandes im Juli dieses Jahres – also kurz nach der Übernahme meiner Amtsgeschäfte als Umweltminister in unserem Land - habe ich mich deshalb auch gerne grundsätzlich bereit erklärt, an der Konferenz teilzunehmen. Und ich freue mich, heute und hier zu Ihnen sprechen zu können.

„Umwelt- und Naturschutz unter neuen Vorzeichen – eine Chance für die Forst- und Holzwirtschaft in Nordrhein-Westfalen“ als Thema für meine Rede war der ausdrückliche Wunsch Ihres Herrn Vorsitzenden. Und es war auch sein ausdrücklicher Wunsch, kein auf den Wald bezogenes Grundsatzreferat sondern grundsätzliche Ausführungen zur künftigen Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen allgemein zu erhalten, und dabei auch auf einige spezielle Aspekte, zum Beispiel

- die Zusammenarbeit bei der waldpädagogischen Arbeit im Lande,**
- die Förderung der Öffentlichkeitsarbeit der SDW,**
- die Forstreform im Lande und**

- die künftige Mitgliedschaft der SDW im Landschaftsbeirat einzugehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

NRW befindet sich in einer kritischen Situation. Die Dramatik der Haushaltslage beschränkt die finanziellen Gestaltungsräume unserer künftigen Umweltpolitik genau so hart wie in allen übrigen Handlungsfeldern der Landespolitik. Hier liegen große Versäumnisse der bisherigen Politik. Wir ziehen die Konsequenzen und haben den Mut zur Veränderung.

In der wichtigsten Industrieregion und im einwohnerreichsten Flächenland der Bundesrepublik Deutschland steht die Politik für Umwelt und Naturschutz, für Landwirtschaft und Verbraucherschutz in neuer Verantwortung und zwar in dreifacher Hinsicht:

1. Die politische Führung des Ministeriums hat gewechselt.

Die Aufgaben sind natürlich geblieben – aber die Perspektive und die Basis für die politische Steuerung im Schlüsselressort für gute und sichere Umwelt- und Lebensbedingungen in unserem Land wird wieder durch die große Koalitionspartei geführt.

Für mich bedeutet dies auch, dass wir uns den Problemen und Potentialen der ländlichen Räu-

me in NRW zukünftig wieder genauso angemessen widmen werden wie denen der Ballungsräume.

2. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Umwelt-, Agrar- und Verbraucherschutzpolitik in unserem Land sind neu.

Für die Landesregierung hat neue Arbeit und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit höchste Priorität. Wir werden den Weg Nordrhein-Westfalens zu einem Land der neuen Chancen mit einer weitreichenden Reform der Verwaltung flankieren und gestalten, was Ministerpräsident Rüttgers in seiner Regierungserklärung bekräftigt hat. Dazu gehört die Anpassung der eigenen Organisation ebenso wie die konsequente 1:1-Umsetzung von bundes- und europarechtlichen Vorgaben, damit die Ausgangsbedingungen für die Bürger, die Unternehmen und unser Land im Ganzen wieder gerecht werden und wir im Wettbewerb mit den anderen Regionen Deutschlands und Europas wieder bestehen können. Wir haben viele Chancen für Aufschwung und neue Arbeit im Wirkungsbereich meines Umweltministeriums und wir wollen sie auch nutzen – z.B. in der Ernährungswirtschaft und in vitalen ländlichen Regionen, in Innovationen aus der Umweltwirt-

schaft, bei alternativen Energien und in der Umwelt- und Verbraucherbildung.

3. Die Umweltpolitik in NRW verpflichtet sich neu in den Werten. Unser Einsatz dient dem Bewahren der Schöpfung. Dazu gehören natürliche Lebensräume, guter Boden und saubere Luft, gesunde Tiere und Pflanzen – und damit natürlich auch der Wald – aber ebenso selbstverständlich alle Bürger mit ihren unternehmerischen Ideen und ihren vitalen Interessen. Unnötige Konfrontationen haben in der Vergangenheit wichtige Entwicklungen verlangsamt; sie haben nötige Entscheidungen blockiert.

Umweltschutz ist heute nicht mehr allein Sache des Staates, sondern ebenso der Wirtschaft und vor allem der Bürger. Eine nachhaltige Umweltpolitik wendet sich gegen ein Übermaß an Regeln. Neue Verantwortung in der Umweltpolitik setzt auf den mündigen Bürger, auf Dialog und Zusammenarbeit.

Ich baue zuerst auf die Verantwortung des Einzelnen, auf kooperative Lösungen, wie etwa freiwillige Selbstverpflichtungen. Ordnungspolitisch heißt das, nach dem Subsidiaritätsprinzip zu handeln. Bürgerinnen und Bürger erwarten schließlich heute vom Staat Gesprächskultur statt Bevormundung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Naturschutz in Nordrhein-Westfalen ist für mich eine unverzichtbare Aufgabe. Für seinen Erfolg ist entscheidend, die Menschen und Regionen „mit zu nehmen“, wo wir Ziele und Maßnahmen des Naturschutzes in besonders nachhaltiger Weise umsetzen wollen. Mit dem nordrhein-westfälischen Nationalpark Eifel ist dies gelungen. Hier wurde ein Impuls gegeben, der über ökologische Ziele hinaus Ausstrahlungskraft hat, wenn Sie z.B. an den Tourismus denken.

Für die Region Senne/Eggegebirge werden wir eingehend prüfen, ob und wie ein weiteres Schutzgebiet im westfälischen Landesteil kommt. Dies kann und wird nur im vernünftigen Dialog mit den Entscheidungsträgern vor Ort beraten und umgesetzt werden. Wir legen großen Wert darauf, dass die britischen Einheiten in der Region verbleiben. Schutzanliegen für Natur- und Tierwelt können im Einklang mit den Entwicklungsinteressen der Kommunen und Kreise auch auf anderen Wegen erreicht werden. Ich kann mir zum Beispiel gut vorstellen, eine Kombination aus einem Biosphärenreservat für einen großen Einzugsbereich zusammen mit einem integrierten Nationalpark, der den Staatswald in der Egge umfasst, zu gestalten. Damit würden

wir Probleme in der Senne vermeiden und Gutes für die umliegenden Bäderkommunen in Ostwestfalen tun. Ideen, die dazu noch entwickelt werden, werden wir demnächst mit den Gemeinden, Städten und Kreisen und anderen Beteiligten in der Region diskutieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie kaum anderswo in Europa verschränken sich bei uns die Erfordernisse, Raum für Wirtschaft, Mobilität und Siedlungstätigkeit auf der eine Seite zu eröffnen und möglichst zusammenhängende Räume für Pflanzen, Tiere und natürliche Landschaften auf der anderen Seite zu bewahren. Zu den Werten unseres Landes gehören der Reichtum und die Vielfalt der regionalen Kulturlandschaften: von der Eifel bis zum Weserbergland, vom Niederrhein bis zum Lipper Land. Ihrem Erhalt und vor allem der Zukunftssicherung für besonders wertvolle Landschaften dient eine neue Naturschutzpolitik mit Augenmaß, die sich folgenden Zielen verpflichtet weiß:

1. Unter dem Leitbild „Miteinander statt Gegeneinander“ wird künftig Naturschutz in NRW im Zeichen des Vertragsnaturschutzes und der kooperativen Zusammenarbeit stehen. Der Staat soll sich auf die rechtsetzenden Normen

selbst begrenzen, die den notwendigen Rahmen für eine solche Kooperation bilden.

2. EU- und Bundesrecht werden im Maßstab 1:1 umgesetzt. Regeln, die – ohne Vorgabe aus Brüssel oder Berlin – Investitionen in Infrastruktur, gemeindliche Entwicklung oder neue Arbeitsplätze erschwert haben, werden zügig korrigiert. So werden wir die Verbandsklage auf den Umfang zurückführen, den das Bundesrecht vorschreibt.
3. In enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Waldbesitzerverbänden werden die Verfahrensvorschriften zur Anwendung der FFH- und EU-Vogelschutzrichtlinie überarbeitet. Dabei lassen wir uns von der Maxime „Vertragsnaturschutz ist besser als Ordnungsrecht“ leiten. Bei der Sicherung des FFH-Gebietsnetzes in NRW werden wir alle Möglichkeiten der Freiwilligkeit ausschöpfen. Die Schutzwürdigkeit ist künftig der Maßstab für die rechtliche Umsetzung. Sie ist in der Regel bei der Ausweisung von FFH-Gebieten als Landschaftsschutzgebiet hinreichend berücksichtigt. Wir haben die Möglichkeit, den Schutz der Gebiete auch vertraglich zu vereinbaren. Wie weit der rechtliche Rahmen trägt, wird zur Zeit noch gepüft.

4. Ebenfalls geprüft werden sollen Modelle, die es ermöglichen, das in der Bauleitplanung erfolgreich praktizierte „Ökokonto“ auch auf FFH-Gebiete zu übertragen.
5. Für eine nachhaltige Flächen- und Siedlungsstruktur müssen wir mit der Ressource „Boden“ schonend umgehen. Naturnahe Böden werden nach wie vor in teilweise beachtlichem Umfang versiegelt. Auf der anderen Seite gibt es berechnigte Interessen mancher Städte nach Entwicklungschancen für Wohnen und neue Arbeit. Ich werde mit den Gemeinden, Städten, Kreisen und Regionalverwaltungen, mit Industrie und Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft sowie den Umweltverbänden Expertenvorschläge auswerten, die einen schonenderen Umgang mit Flächen erreichen wollen. Eine freiwillige Vereinbarung zwischen Land und Kommune für ein kommunales Flächen- und Ressourcenmanagement wird angestrebt. Wir wollen industrielle Brachflächen wiedernutzen und besonders wertvolle Böden schonen.
6. Zum Landschaftsgesetz werde ich dem Landtag eine Novelle vorlegen mit den Vorschlägen,
 - aus der Pflicht, einen Biotopverbund von mindestens 10 % der Landesfläche zu schaffen, eine Soll-Bestimmung zu machen

- genau so, wie es das Bundesnaturschutzgesetz vorsieht.
- die Regelung zu streichen, dass der Aufbau von bis zu zwei nahe beieinander liegenden Windkraftanlagen nicht als Eingriff gilt. Im übrigen ist für die Errichtung von Windkraftanlagen laut unserem neuen Erlass der Wald heute schon tabu.
- den Handlungsspielraum der Kreise und kreisfreien Städte für sinnvolle Kompensationsmaßnahmen dadurch zu erweitern, dass das Ersatzgeld nicht innerhalb von drei Jahren nach Entrichtung zweckgebunden für Naturschutzmaßnahmen zu verwenden ist. Gute Ausgleichsmaßnahmen, die mehr Zeit brauchen, müssen möglich sein.
- die Bestimmungen über gesetzlich geschützte Biotopie entsprechend anzupassen, in NRW werden über die Bundesvorgaben hinaus zusätzliche Biotopie aufgelistet.

Naturschutz ist uns wichtig. Im Wald ist er aber nur gemeinsam mit den Waldbesitzern auch machbar. Wir müssen insgesamt zu einer Politik der fairen Partnerschaft gerade mit der Forstwirtschaft kommen. Wir wollen eine ideologiefreie neue Forstpolitik, die sich an den Regeln der Marktwirtschaft orientiert. In einem Land, in dem der private Waldbesitz dominiert, ist

dies eigentlich selbstverständlich. Leistungen in Form von Nutzungseinschränkungen, die über die Sozialpflichtigkeit hinausgehen, sind verstärkt anzuerkennen, vertraglich zu regeln und – um Nachteile zu vermeiden – angemessen auszugleichen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Forst-und Holzwirtschaft in unserem Land soll neue Chancen erhalten.

Wir wollen den Wald in NRW in seinem Bestand sichern. Dafür gibt es viele gute Gründe. Der Wald prägt die Schönheit und den Charakter unseres Landes. Für viele Menschen ist der Wald wichtiger Raum für die Freizeitgestaltung: ein Erholungs- und Erlebnisort. Wer sich in unseren Wäldern aufhält, ist und bleibt Natur und Heimat besonders stark verbunden. Der Wald ist Refugium für viele Tiere und Pflanzen. Er hat große Bedeutung für unsere Luft und unser Klima.

Der Wald hat aber auch ein zweites Gesicht, das so wichtig ist, wie das erste: Der Wald verschafft einer Viertel Million Menschen in Nordrhein-Westfalen Arbeit. Das sind doppelt so viele Arbeitsplätze wie z.B. in der Chemieindustrie in unserem Land. Die Branche Forst und Holz erwirtschaftet in unserem Land mit mehr als 20.000 Betrieben und über 33 Mil-

liarden Euro Umsatz im Jahr rund 7,2 % der Bruttowertschöpfung unseres Landes. Die Forst- und Holzwirtschaft unseres Landes erbringt diese enorme Wirtschaftsleistung hauptsächlich im ländlichen Raum. Rund zwei Drittel des Waldes in NRW befinden sich im Besitz von rund 150.000 privaten Eigentümern. Der Waldbestand ist daher nur in Kooperation mit Ihnen zu sichern. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihren Wald – im Interesse des Gemeinwohls – nachhaltig zu bewirtschaften.

Die nachhaltige Bewirtschaftung unseres Waldes und die Zukunftschancen, etwa bei den erneuerbaren Energien, sind wichtige Themen, die ich als Umweltminister in die Öffentlichkeit unseres Landes tragen will. Forst- und Holzwirtschaft müssen wieder auf eine nachhaltig gesicherte Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit rechnen können. Das heißt zuerst:

- Die Waldbesitzer müssen ein vernünftiges Auskommen aus der Forstwirtschaft erzielen können.
- Die Holzindustrie muss ihre Konkurrenzkraft im globalen Wettbewerb stärken können.

Wir werden Unternehmensgründer ermutigen, in Nordrhein-Westfalen zu investieren. Dazu räumen wir bestehende Hemmnisse für Existenzgründungen, für Kreativität und Innovationsbereitschaft ab.

Im Dialog mit den interessierten Organisationen werden wir deshalb – unabhängig von der Besitzart – eine neue Initiative einleiten: „Neue Chancen für Wald und Holz in NRW“ soll als Leitmotiv über Wegen und Möglichkeiten stehen, die wir aufzeigen möchten, damit Betriebe im Cluster Fort und Holz wieder in eigener Verantwortung und ohne unnötige Gängelung durch den Staat erfolgreich wirtschaften können.

In diesem Zusammenhang betone ich, dass eine Privatisierung des Staatswaldes oder ein Verkauf zugunsten des Landeshaushalts nicht in Frage kommt. Mit dem Staatswald NRW ist eine besondere Gemeinwohlverpflichtung verbunden, die den Privatwald entlastet.

Die Landesregierung will in NRW neue Chancen eröffnen. Forstpolitisch tragen wir dazu mit diesen Akzenten bei:

- 1. Der Wald existiert – ökonomisch wie ökologisch – am besten in möglichst großen zusammenhängenden Flächen. Wir setzen deshalb auf die konstruktive Zusammenarbeit der Waldbesitzer. Die Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse werden wir im Zusammenhang mit der Bildung forstwirtschaftlicher Vereinigungen prüfen. Für die Holzvermarktung muss ein zukunftsfähiges Konzept erarbeitet werden.**

2. Holzerzeugung, -verarbeitung und -veredelung wollen wir bündeln, um vorhandene Kapazitäten besser zu nutzen, Produktionsprozesse zu optimieren und größere, neue Märkte zu erschließen.
3. Um Investitionen in der flächenintensiven Holzwirtschaft zu erleichtern, wollen wir die baurechtlichen Bestimmungen ändern. Die Holzindustrie soll zum Kreis der privilegierten Nutzer gehören.
4. Die forst- und holzwirtschaftliche Forschung wollen wir in Aachen und Münster, an der Fachhochschule Höxter und im Fraunhofer Institut in Schmallenberg voranbringen und verstärkt in praktische Kooperationen mit der Wirtschaft einbinden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zur Zeit erleben wir eine neue Energiepreis-Explosion mit erheblichen schädlichen Auswirkungen für unser Land. Nordrhein-Westfalen als Industriezentrum in Deutschland und Europa ist davon in besonderem Maße betroffen. Vor allem Berufspendler und transport- oder energieintensive Betriebe leiden darunter. Für mich unterstreicht dies, dass wir unsere Möglichkeiten in NRW nutzen und erweitern, an geeigneten Standorten Treibstoff aus Biomasse zu gewinnen und die Absatzmöglichkeiten der biogenen Rohstoffe und der regenerativen Energien insgesamt

wesentlich zu erweitern. Hier liegt ein großes Potential. Die Aussichten zur Ansiedlung von großtechnischen Anlagen der Holz- und Biomasse-Verflüssigung sind Erfolg versprechend. Wir sind derzeit in konkreten Verhandlungen mit einem bedeutenden Unternehmen, das auf diesem Gebiet in NRW erhebliche Anlageninvestitionen tätigen will. Damit kann auch gezeigt werden, wie sich im industriellen Bereich ökonomische und ökologische Interessen sinnvoll kombinieren lassen.

Daneben zeigt die Nachfrage nach Holzpellet-Heizungen für Privathaushalte einen enormen Aufschwung für erneuerbare Energien. Ich werde deshalb natürlich die Förderung der energetischen Holznutzung fortsetzen. Sie zeigt große ökonomische Erfolge und beweist, wie effektiv eine Anschubfinanzierung bei innovativen Technologien sein kann. Wir wollen allerdings eine Dauerfinanzierung mit Mitnahmeeffekten ausschließen. Nur so können mittelfristig Gelder wieder freigesetzt werden für neue Verwendungsformen oder Technologien. Strukturkonservierende Förderatbestände, -programme und -leistungen werden demgegenüber Zug um Zug abgebaut.

In der Bündelung der Holzprozesse liegt ein großes Rationalisierungspotenzial. Hierbei sind Kooperationen zwischen Waldbesitz und Industrie von zentraler

Bedeutung. Aber auch Kooperationen innerhalb der jeweiligen Branchen machen stark, um im Wettbewerb bestehen zu können. Hier wünschen wir uns, dass

- **Holzerzeugung und Holzverarbeitung innerhalb eines Clusters, zum Beispiel durch elektronischen Datenaustausch, effizienter verlaufen. Das Land fördert diese Technik und mehrere private Nutzer wenden sie bereits an.**
- **Sich regional Cluster bilden, die zusammen mit der kommunalen Wirtschaftsförderung und der Landesforstverwaltung geeignete Strategien entwickeln. Solche regionalen Akteure können Kooperationsmodelle initiieren und die kreativen Kräfte der Marktwirtschaft wecken.**
- **Ernte und Bereitstellung des Holzes von qualifizierten Arbeitskräften geleistet werden. Dabei ist auch die größtmögliche Arbeitssicherheit sicher zu stellen. 2004 waren allein im Bereich des Staatlichen Amtes für Arbeitsschutz Arnsberg fünf Todesfälle bei der Waldarbeit zu beklagen. Das muss alle aufrufen, bei der Ernte und Bereitstellung von Holz die Arbeitssicherheit zu erhöhen.**

Waldinventuren zeigen, dass große Holzpotentiale derzeit nicht genutzt werden. Mir ist es wichtig, dass wir diese Holzreserven mobilisieren. Je besser die nachhaltige Versorgung der Werke gelingt, desto

stärker kann sich die Bereitschaft zu Investitionen entwickeln, die sich auf mittlere und lange Sicht rechnen. Insofern steht die Eigentumsverantwortung der Waldbesitzer als Ausgangspunkt sowohl der Wertschöpfungskette „Holz“ als auch für die Gewährleistung der vielfältigen sozialen und ökologischen Wirkungen und Leistungen des Waldes, seine Schutz- und Erholungsfunktionen.

Die Rohstoffversorgung der Holzindustrie durch die Forstwirtschaft wird durch geeignete Zusammenschlüsse, insbesondere im Privatwald, verbessert. Forstwirtschaftliche Vereinigungen sind dazu geeignet. Ich strebe an, dass sie weitgehend selbständig und gut koordiniert die Forstbetriebsflächen der Mitgliedsbetriebe bewirtschaften. Diese Entwicklung möchten wir personell und finanziell begleiten und fördern. Im Gegenzug wird die Förderung von Forstbetriebsgemeinschaften, die nicht Mitglied einer forstwirtschaftlichen Vereinigung sind, vermindert. So schaffen wir zusätzliche Anreize, sich forstwirtschaftlichen Vereinigungen anzuschließen. Dem Waldbauernverband gegenüber habe ich vor kurzem unser großes Interesse an der Fortführung und an den Ergebnissen des Pilotprojekts Olpe unterstrichen, bei dem die stärkere Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit einer forstwirtschaftlichen Vereinigung praktisch erprobt und vom Land begleitet wird. Zur

Verbesserung der wirtschaftlichen Aktivitäten von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen sollen im Rahmen der GAK die Möglichkeiten eröffnet werden, leistungsabhängige Zuschüsse für die überbetriebliche Zusammenfassung des Holzangebots zu gewähren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Neben der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung unserer Landschaften steht auch die jagdliche Nutzung. Die Bindung des Jagdrechts an das Eigentum und die bewährten jagdgesetzlichen Regelungen in unserem Land müssen aktuell nicht verändert werden. Wir wollen ein ideologiefreies, unbürokratisches Jagdrecht, das in Abstimmung mit der Land- und Forstwirtschaft vollzogen wird. Jagdliches Brauchtum werden wir mit der jagdlichen Praxis im Nationapark Eifel wieder in Übereinstimmung bringen.

In den waldreichen ländlichen Regionen des Sauerlandes, der Eifel und im Bergischen Land ist die Jagdnutzung ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wir werden daher auch hier eine Verwaltungsstrukturreform vornehmen im Interesse der Jägerschaft und des Waldbesitzes. Wie bereits vor der Landtagswahl von mir zugesagt, ist die Jagdsteuer nicht mehr zeitge-

mäß. Wir wollen sie im Rahmen einer generellen Bagatellsteuerreform abschaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen beläuft sich heute auf über 110 Milliarden Euro. Einrichtungen des Landes müssen sich deshalb mehr denn je der Aufgabenkritik und Leistungsprüfung stellen. Das verlangen uns die veränderten Rahmenbedingungen ab. Das erwartet die Öffentlichkeit und das erzwingt die Haushaltslage des Landes.

Es gibt deshalb den Auftrag, in einer Arbeitsgruppe meines Hauses einen abgestimmten Vorschlag für eine Verwaltungs- und Organisationsreform zu erarbeiten. Daran wird unter der Leitung von Herrn Staatssekretär Dr. Schink mit beachtlichem Tempo gearbeitet.

Die notwendige Verwaltungsstrukturreform geht auch an der Forstverwaltung nicht vorbei. Wie Sie sicherlich alle wissen, hat die Rot-Grüne Landesregierung zu Beginn dieses Jahres den Landesbetrieb Wald und Holz NRW geschaffen. 50 Millionen Euro müssen dem Landesbetrieb jährlich aus der Landeskasse zugeführt werden - und wir wissen nicht, ob die Zuführung in dieser Höhe auch tatsächlich reicht.

Diese Regierung hat den Landesbetrieb nicht gewollt. Der Bestand des Landesbetriebes kann auch kein Selbstzweck sein. Maßgeblich ist seine praktische Bewährung und sein Erfolg. Die Bürger Nordrhein-Westfalens haben heute eine doppelte Erwartung an den Staat, seine Verwaltungen und Institutionen: Leistungsbereitschaft und gutes Image zum einen, Zielerreichung zu vertretbaren Kosten und möglichst geringe Zuführungen zum anderen. Beiden Erwartungen müssen wir in unseren Reformbemühungen für die Umweltverwaltung nachkommen.

Ich habe deshalb, als eine meiner ersten Amtshandlungen, die Leitung des Landesbetriebes aufgefordert, umgehend ein tragfähiges Konzept vorzulegen, und zwar im Rahmen der Einheitsforstverwaltung. Die Ergebnisse werden in Kürze erwartet und dann eingehend beraten. Auf der Grundlage dieses Konzeptvorschlages wird über künftige Außenstellen des Landesbetriebes beraten werden. Hierzu hatte es im Vorfeld ja bereits Irritationen und Mitteilungen in der Presse gegeben. Darauf habe ich mit den gebotenen Klar- und Richtigstellungen durch den Pressesprecher meines Hauses reagiert.

Die Einheitsforstverwaltung soll erhalten werden, weil sie sich bewährt hat und für NRW die beste aller

denkbaren Lösungen ist. In dieser Beurteilung bin ich mir nicht nur mit den Berufsverbänden, sondern auch mit dem Waldbauernverband einig. Eine Kommunalisierung scheidet, bei den Waldbesitzstrukturen in NRW (64 % Privatwald, 20 % Körperschaftswald, 16 % Staatswald-Bund/Land NRW) aus.

Wir wollen und werden das Mögliche tun, den Landesbetrieb zukunftsfähig aufzustellen. Hierzu zähle ich auch eine angemessene Reaktion im Sinne von organisatorischen, finanziellen und personellen Anpassungen auf Entscheidungen in den kartellrechtlichen Verfahren gegen die Holzvermarktungs- und Betreuungspolitik der Landesforstverwaltung.

Der Landesbetrieb hat die Ergebnisverantwortung für die Einhaltung der Wirtschaftsplanvorgaben von Regierung und Parlament bei weitgehend freier Methodenwahl. Er ist und bleibt Teil der öffentlichen Verwaltung und der Landesforstverwaltung NRW. In diesem Kontext hat er die Aufgabe, die Politikziele der Landesregierung erfolgreich umzusetzen.

Ich glaube an eine gute Zukunft für den Landesbetrieb. Er hat gute Chancen und Ausgangsbedingungen, sich zu der zentralen Organisationseinheit im Lande für alle wald- und holzbezogenen Belange zu entwickeln. Ich bin bereit, dabei auch die Übernahme

von Aufgaben zu bedenken, die bisher nicht der Landesforstverwaltung zugeordnet waren (wie z.B. das Jagdwesen), wenn eine Übertragung gut in das Gesamtkonzept der Verwaltungsstrukturreform des Landes passt. Denkbar ist auch, bisher in anderen Behörden und Einrichtungen angesiedelte forstliche Aufgaben zweckgerecht zu integrieren. Interessant ist der Gedanke, die Kompetenz der Abteilung 4 der LÖBF (Forsten, Waldökologie) als forstliche Versuchsanstalt mitaufzunehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich habe vorhin auf die zwei Gesichter des Waldes in NRW hingewiesen: Unser Wald verschafft zum einen mehr als 260.000 Menschen Arbeit. Unsere Wälder prägen zum anderen die Schönheit und den Charakter unseres Landes. Sie sind Refugium für viele Tiere und Pflanzen und haben große Bedeutung für unsere Luft und unser Klima. Für viele Menschen ist der Wald wichtiger Raum für ihre Freizeitgestaltung: Er ist ein Erholungs- und Erlebnisort.

Ich möchte dem Wald und der Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen eine gute Zukunftsperspektive geben. Das Verständnis für den Wald, seine Schutz- aber auch seine Nutzfunktionen sind ein wichtiges Anliegen unserer Umweltbildung. Die Jugendwaldheime in

NRW sind dazu ein wichtiges Element, das ich stärken möchte und in das künftig intensiver auch behinderte Kinder und Jugendliche einbezogen werden sollen. Mit Blick auf die Finanzsituation des Landes müssen wir jedoch auf ein - vor unserer Übernahme der Regierungsgeschäfte noch beabsichtigtes - Jugendwaldheim in Hünxe verzichten und diese Bildungsarbeit in den bestehenden Einrichtungen leisten und ausbauen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Soviel zur künftigen Naturschutz- und Forstpolitik sowie zur Forstreform im Lande. Sie, Herr Wendzinski, hatten um Ausführungen auch noch zur Förderung der Öffentlichkeitsarbeit und zur waldpädagogischen Zusammenarbeit gebeten.

Für die Forstbehörden sieht das Landesforstgesetz unter anderem auch als obligatorische Aufgabe vor, die Öffentlichkeit über die Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen des Waldes aufzuklären (§ 60 Abs. 1 Ziff. 3 LFoG). Dieser umfassende Auftrag stellt in Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern eine große Herausforderung für den Landesbetrieb Wald und Holz dar. Als Ziele der Öffentlichkeitsarbeit sollen insbesondere

- Verständnis für die Bedeutung des Waldes und seine wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Funktionen erreicht sowie
- der Absatz von Holz und forstlichen Dienstleistungen gesteigert werden.

Der Landesbetrieb hat dazu eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die ein Konzept zur forstlichen Öffentlichkeitsarbeit in unserem Land einschließlich der Umweltbildung im Wald entwickeln soll.

Umweltbildung wird heute überwiegend als integraler Bestandteil einer Bildung für nachhaltige Entwicklung verstanden. Eine am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientierte Umweltbildung geht über Naturerleben hinaus und bedarf der Weiterentwicklung ihrer Ziele, Inhalte, Methoden, Instrumente und Kooperationen. Am Beispiel des Waldes kann in besonderer Weise Nachhaltigkeit in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht verdeutlicht werden. Försterinnen und Förster verfügen dafür aufgrund ihrer Kenntnisse und fachlichen Qualifikationen über geeignete Voraussetzungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Viele Forstämter haben bereits seit Jahren einen Schwerpunkt ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf die Entwicklung waldpädagogischer Kompetenz gelegt.

Dabei spielt die Zusammenarbeit mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald immer eine besondere Rolle.

Seit mehr als 25 Jahren führen die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und Forstämter in Nordrhein-Westfalen Waldjugendspiele – inzwischen zum Teil „Waldrally“ genannt – durch. Waldjugendspiele finden zumeist im September oder Oktober statt. Sie sind für alle Schultypen und Alterstufen durchführbar. In Nordrhein-Westfalen liegt der Schwerpunkt bei der Beteiligung von 4. Klassen der Grundschulen. Den Wald zu erleben und dabei spielerisch Wissen und Erfahrungen zu vermitteln, ist aus pädagogischer Sicht besonders geeignet, ein positives Naturverständnis bei Kindern zu erreichen. Um einer wachsenden Naturentfremdung bei Kindern entgegenzuwirken haben die SDW und die Landesforstverwaltung NRW im Frühjahr 1999 gemeinsam die Initiative zur Förderung von Waldjugendspielen gestartet.

Die „Aktion Waldjugendspiele“ weist für die zurückliegenden Jahre eine beeindruckende Bilanz auf: Waren es 1998 noch 421 Schulklassen mit 9.690 Teilnehmern, die sich an den Waldjugendspielen beteiligten, so hat sich die Zahl für die Waldjugendspiele 2004 allein in unserem Land beinahe vervierfacht und ist auf 32.666 Teilnehmer aus insgesamt 1.399 Schul-

klassen angewachsen. Durch gemeinsame Anstrengungen und viel persönliches Engagement aller Beteiligten weist Nordrhein-Westfalen damit bundesweit bei den Waldjugendspielen die höchsten Teilnehmerzahlen auf.

Dieses ist insbesondere dem ehrenamtlichen Engagement der vielen Helferinnen und Helfer zu verdanken. Hinter den nackten Zahlen steht auch das hohe Engagement vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesforstverwaltung NRW, die an den Waldjugendspielen mitwirken und viel Zeit in die Vorbereitung und Durchführung der Spiele investieren. Dies ist nicht allein während regulärer Dienststunden zu erreichen. Ihnen allen dafür an dieser Stelle: Ein herzliches Dankeschön für Ihr besondere Engagement zur Förderung insbesondere von Kindern und Jugendlichen.

Ich bin zuversichtlich, dass dieses Engagement der Försterinnen und Förster vor Ort auch in Zukunft weiter besteht und die bewährte Zusammenarbeit zwischen der SDW und den Forstämtern vor Ort im Landesbetrieb Wald und Holz NRW befördert. Der Landesbetrieb ist daher durch mein Haus aufgefordert worden, das ehrenamtliche Engagement der Forstbetriebsbediensteten – z.B. auch als Patenförster für die Deutsche Waldjugend - gerade im Zusammen-

hang mit Öffentlichkeitsarbeit und der Kooperation mit Verbänden besonders zu würdigen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zum Abschluss meiner Ausführungen noch die Anmerkung zur Mitgliedschaft im Landschaftsbeirat:

Wie ich bereits ausgeführt habe, beabsichtigt die Landesregierung eine Änderung des Landschaftsgesetzes. Bei dieser Änderung stehen auch die Landschaftsbeiräte auf dem Prüfstand. Dabei wird unter anderem die Änderung der Zusammensetzung des Beirats zur Diskussion gestellt werden.

In diesem Zusammenhang, sehr geehrter Herr Vorsitzender, werde ich auch versuchen, Ihre alte Idee, nach einem eigenen Vorschlagsrecht für einen Vertreter der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in den Landschaftsbeiräten aufzugreifen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich habe Ihnen meine und die Leitlinien der Landesregierung für die künftige Forst- und Naturschutzpolitik in unserem Land aufgezeigt. Sie stehen unter dem Leitbegriff „Neue Verantwortung“.

Eine Politik in neuer Verantwortung, die berücksichtigt, dass wir Verantwortung tragen füreinander und für die Schöpfung und die sich unter dem Leitbild „Miteinander statt Gegeneinander“, auf christlichen und liberalen Werten begründet, orientiert sich am Horizont der Zukunft, am Wohl der gegenwärtigen und der künftigen Generationen. Dafür soll meine Politik eintreten.

Ich bitte Sie und lade Sie ein, dies zur Perspektive für unsere gemeinsame Arbeit zu machen.

Lieber Herr Wendzinski, seit 1991 haben Sie als Vorsitzender des Landesverbandes die Geschicke der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in unserem Lande gelenkt. Heute wollen Sie den Vorsitz in andere Hände geben. Ich bedaure, dass wir nun nicht mehr zusammen die Perspektiven für eine gemeinsame Arbeit umsetzen können. Ich bin aber zuversichtlich, dass die Versammlung einen geeigneten Nachfolger oder eine geeignete Nachfolgerin wählen wird und ich vertraue darauf, dass die Kontinuität der Aktivitäten der Schutzgemeinschaft für den Wald in unserem Land und für unsere Umwelt gewahrt bleiben. In diesem Sinne, Ihnen, Herr Wendzinski, den besten Dank für Ihr langjähriges engagiertes Wirken als Vorsitzender des Landesverbandes der Schutzgemeinschaft und alle guten Wünsche für die bevorstehende Zeit.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Der Konferenz wünsche ich noch einen guten weiteren Verlauf.